

der Entrüstung bricht los, viele republikanische Politiker fordern seinen Rücktritt.

Charlie Sykes: In der Nacht habe ich mit Reince Priebus, dem damaligen Parteichef, hin und her geschrieben. Er war den Tränen nah, denn sie wagten es nicht, Trump fallen zu lassen. Keiner wollte die Verantwortung dafür übernehmen.

Die Bewegung, die Trump anführt, ist zu stark geworden. Wenn die Partei sich von ihm distanziert, distanziert sie sich auch von den Chancen auf einen Wahlsieg. Insbesondere Trumps Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten, der Gouverneur von Indiana, Mike Pence, muss nun eine Entscheidung treffen: Kann er weiter mit Trump zusammenarbeiten? Pence ist ein strenggläubiger evangelikaler Christ, er lehnt es ab, mit einer Frau, die nicht seine Ehefrau ist, allein in einem Raum zu sein. Das soll ihn vor Untreue schützen. Trumps Umfeld entschuldigt das Video als harmloses Männergequatsche, reicht ihm das?

Tom Rose: Mike Pence ist seit über 30 Jahren ein enger Freund von mir. Wir sind beide aus Indiana. Als Donald Trump ihn zu seinem Vize machte, fragte Mike Pence mich, ob ich sein Chefstrategie werden würde. Nach dem Bekanntwerden des Videos war er ziemlich aufgebracht, auch Frau Pence war sehr verärgert.

Pence telefoniert mit Trump und verlangt eine öffentliche Entschuldigung. Noch in der Nacht postet Trump ein Statement, in dem er sich für die Aussagen entschuldigt: »Ich habe nie gesagt, dass ich perfekt bin, und ich habe nie vorgegeben, jemand zu sein, der ich nicht bin. Ich habe Dinge gesagt und getan, die ich bereue, und die Worte, die heute veröffentlicht wurden, auf dem über eine Dekade alten Video, gehören dazu. (...) Ich habe das gesagt, ich habe einen Fehler gemacht, und ich entschuldige mich.« Dann geht er zum Angriff über: »Aber es gibt einen Unterschied zwischen Sagen und Tun. Bill Clinton hat tatsächlich Frauen misbraucht.« Am übernächsten Tag gibt Trump mit einigen Frauen, die Bill Clinton vorgeworfen haben, sich an ihnen vergangen zu haben, eine Pressekonferenz. Damit überrascht er sogar Teile seines eigenen Teams. Jedem ist klar, freiwillig wird Trump sich nicht aus dem Wahlkampf zurückziehen.

Tom Rose: Dann erschienen die Umfragen, und es wurde deutlich, dass das Video Trump in keinster Weise geschadet hatte.

Mike Pence geht an die Öffentlichkeit und sagt, er glaube an Vergebung, an eine zweite Chance. Am 8. November 2016 gewinnt Donald Trump die Präsidentschaftswahl gegen Hillary Clinton. Er führt fort, was die America-First-Bewegung in den Dreißigerjahren begonnen hatte, was Pat Buchanan

und Newt Gingrich in den Neunzigerjahren aufgegriffen. Als eine seiner ersten Amtshandlungen unterschreibt Trump eine Steuerreform, von der seine Anhänger profitieren. Er erlässt zudem massive Einfuhrzölle und verspricht, die US-Industrie vor Billigprodukten aus China zu schützen. Trump hat sich zum Sprachrohr der Menschen gemacht, die sich zu den Verlierern zählen. Er hat erkannt, dass sich mit ihnen eine Wahl gewinnen lässt, einfach weil es inzwischen so viele von ihnen gibt – und weil die Demokraten es versäumt haben, auf sie einzugehen.

Seine Wähler sind mehrheitlich weiß, männlich, nicht mehr jung, die meisten von ihnen haben keinen College-Abschluss. Was nicht heißt, dass sie alle arm wären. Viele führen eigene, kleine Unternehmen, aber sie gehören nicht der kulturellen und ökonomischen Elite an, von der die Republikaner so lange geprägt wurden.

David Corn: Es gab schon lange eine Bewegung in diese Richtung. Man kann sich das vorstellen wie ein Erdbeben: Die Platten verschieben sich über einen sehr langen Zeitraum, bevor daraus ein Erdbeben wird. Alles stand schon so sehr unter Druck, als Trump kam, dass es zum politischen Beben führte.

Nach der Wahl lädt Donald Trump Steve King mit fünf anderen Abgeordneten ins Oval Office ein. King hat Trump in der heißen Phase des Wahlkampfes voll unterstützt – und Trump ihn. Nun setzt er King in den Stuhl des Vizepräsidenten Mike Pence, der an dem Tag nicht da ist, und prahlt, niemand habe so viel Spendengeld für Kings Wiederwahl eingesammelt wie er, Trump.

Steve King: Ich habe geantwortet: Nun, Mister President, ich habe Ihre Einwanderungspolitik 14 Jahre lang getestet, das sollte schon etwas wert sein.

Während Trumps Regierungszeit knüpft Steve King Kontakte zu rechtspopulistischen Politikern in Europa. Er trifft die damalige AfD-Chefin Frauke Petry in Deutschland, Geert Wilders in Holland, Heinz-Christian Strache in Österreich, er ist der erste amerikanische Politiker, der Marine Le Pen in Frankreich besucht. King verschärft auch seine Rhetorik weiter, manchmal klingt er jetzt wie ein Rechtsextremist. 2018 wird er nur sehr knapp wieder ins Parlament gewählt. In einem Interview sagt er: »Seit wann sind Begriffe wie weißer Nationalismus, weiße Überlegenheit, westliche Zivilisation eigentlich Schimpfwörter?« Daraufhin entmachtet ihn die Partei. Die Republikaner haben Angst, den Wahlkreis zu verlieren, und bauen erfolgreich einen Herausforderer auf. 2020 ist Kings politische Karriere vorbei.

Im November 2020 scheint auch Donald Trump am Ende zu sein. Er verliert die Präsidentschaftswahl gegen seinen demokratischen Herausforderer Joe Biden. Trump ist den Amerikanern zu anstrengend

geworden. Die Amtsenthebungsverfahren, seine täglichen Wutanfälle auf Twitter, der Hass – in Zeiten einer weltweiten Pandemie ist das vielen Menschen zu viel, sie sind erschöpft, so legen es die damaligen Umfragen nahe. Wieder hofft die Partielite, Trump endlich los zu sein. Doch der akzeptiert das Wahlergebnis nicht. Er behauptet, man habe ihm den Sieg gestohlen, verlangt Nachzählungen, reicht Klage ein. Nach kurzem Zögern folgt ihm die Partei auch in diesen Kampf. In vier Jahren als Präsident hat Trump bewiesen, dass ihm sehr viele Menschen kompromisslos folgen. Die Republikaner haben Angst, ohne ihn keine Wahl mehr zu gewinnen. Trump hat die Partei in der Hand.

Am Sonntag, dem 2. Januar 2021, sitzt Brad Raffensperger mit seiner Frau in der Küche seines Hauses, als das Telefon klingelt. Donald Trump ist dran. Raffensperger ist der Innenminister des Bundesstaates Georgia und dort für die Organisation der Wahl verantwortlich. Trump hat in Georgia sehr knapp verloren, er lag hier nur 11.779 Stimmen hinter Joe Biden. Raffensperger greift sich einen Block und einen Stift, um Notizen machen zu können.

Brad Raffensperger: Der Präsident bat mich, für ihn »11.780 Stimmen zu finden«, genug, damit er den Sieg in Georgia für sich beanspruchen könnte. Ich sagte: »Mister President, wir müssen uns an die Zahlen halten. Wir glauben daran, dass unsere Zahlen korrekt sind.« Und er erwiderte: »Warum sagen Sie das? Verstehe ich nicht. Warum wollen Sie nicht die richtige Antwort finden, Brad? Anstatt immer wieder zu sagen, dass die Zahlen richtig sind. Denn diese Zahlen sind so falsch.«

Brad Raffensperger ist Republikaner, er hat für Trump gestimmt. Aber er respektiert das Gesetz. Unter den Republikanern in Washington ist diese Haltung selten geworden.

Am Morgen des 6. Januar 2021 schreibt Trump auf Twitter, Vizepräsident Pence habe die Möglichkeit, die angeblich manipulierte Wahl für ungültig zu erklären. Das ist falsch. Die Verfassung gibt ihm dieses Recht nicht, aber die Demonstranten, die an diesem Tag nach Washington gekommen sind, glauben daran. Während die Abgeordneten im Parlament zusammenkommen, um die Wahl von Joe Biden zum Präsidenten formal zu bestätigen, hält Trump eine Kundgebung in unmittelbarer Nähe ab. Am Ende fordert er seine Zehntausende Anhänger auf, hinüber zum Kapitol zu laufen, dem Sitz des Parlaments. Rund 2.000 Menschen dringen daraufhin in das Gebäude ein.

Tom Rose: Ich war mit dem Vizepräsidenten in seinem Büro im Kapitol. Es war verrückt und irre, aber physisch bedroht habe ich mich nicht gefühlt. Ein paar Wahnsinnige mit Wikingerhelmen und Kriegsbemalung liefen herum, schmierten Zeug auf die

Schreibtische, rissen Mülltonnen um. Diese Leute protestierten gegen eine Wahl, von der sie glaubten, dass sie unfair war. Sie taten das auf unangebrachte, illegale Weise, und sie haben den Preis dafür bezahlt. Sie wurden angeklagt, viele sind im Gefängnis.

Seit diesem Tag ist die Beziehung zwischen Mike Pence und Donald Trump zerrüttet. Pence hat angekündigt, bei der kommenden Wahl nicht für Trump zu stimmen.

Tom Rose: Ich bedauere das sehr. Das Land steht vor derart großen Herausforderungen, dass man persönliche Gefühle beiseite lassen muss. Die Jahrzehnte, in denen die Globalisierung zu enormem Wachstum geführt hat, sind vorbei, wir haben ein Grenzproblem, und die Demokraten sind gerade dabei, unsere Demokratie zu zerstören. Sie benutzen das Justizsystem, um Trump hinter Gitter zu bringen. Ich glaube, die Welt braucht Donald Trump.

John Bolton, 75, ist ein republikanischer Außenpolitiker. Er war Botschafter der USA bei den Vereinten Nationen. Trump machte ihn zu seinem Nationalen Sicherheitsberater, nach nicht einmal anderthalb Jahren entließ er ihn wieder, so wie viele andere enge Mitarbeiter, die Trump erst anheuerte und dann wieder hinauswarf.

John Bolton: Sollte er wiedergewählt werden, wird er nur Leute in die Regierung holen, die ihm nicht widersprechen.

Den Umfragen zufolge hat Trump auch unter Schwarzen und Latinos an Popularität gewonnen. Würde er erneut Präsident, hätte er die Transformation der Republikaner vollendet. Aus der ehemaligen Partei der Wirtschaftselite wäre endgültig eine Partei der Arbeiter, der Kleinunternehmer und der Landbevölkerung geworden. Inzwischen ist auch das Management der Republikaner teilweise in den Händen der Familie Trump. Die Co-Vorsitzende der Partei heißt Lara Trump, sie ist Donald Trumps Schwiegertochter. Und auch das Amt des Präsidenten hat sich in Trumps Sinne verändert. Dabei halfen ihm die sechs konservativen Richter des Obersten Gerichtshofs, von denen Trump in seiner ersten Amtszeit drei ernannt hatte. Vor wenigen Tagen entschieden sie, dass der Präsident der Vereinigten Staaten für das, was er im Amt tut, nicht angeklagt werden darf. Sollte Donald Trump gewählt werden, kann er regieren, als sei er der König von Amerika.

Kerstin Kohlenberg, Co-Autorin dieses Dossiers, war von 2014 bis 2021 USA-Korrespondentin der ZEIT.

Am 13. Juli erscheint im Tropen-Verlag ihr Buch »Das amerikanische Versprechen. Vom Streben nach Glück in einem zerstrittenen Land«, in dem auch Steve King eine Rolle spielt

An der Macht und vor Gericht



2016: Der neue Präsident kurz nach dem Wahlsieg



2021: Trump-Anhänger stürmen das Kapitol



2024: Donald Trump vor Gericht in Manhattan

Fotos: Andrew Kelly/Reuters; Leah Miller/Reuters; John Bostford/istock (c.o)

ANZEIGE

7. FORUM ANTHROPOZÄN 13.-15. JUNI 2024

HEILIGENBLUT
HAUS DER STEINBÖCKE
NATIONALPARK HOHE TAUERN



Beim ZEIT-Gespräch »Wasser. Quelle des Lebens in der Klimakrise« diskutierten die Gäste aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik über lokale Lösungen, aber auch lokale Konflikte im Kontext globaler Krisen.



Meeresforscherin **Antje Boetius** (rechts) ist regelmäßiger Gast beim Forum Anthropozän, das **Sabine Seidler** (links) ins Leben gerufen hat. Bei der 7. Ausgabe erinnerte sie an uralt Techniken wie den Deichbau zum Schutz vor Flutkatastrophen.



Die dreitägige Klimaveranstaltung versammelt jedes Jahr im Juni Expertinnen und Experten aus den verschiedensten Disziplinen, um sowohl Best Practice Beispiele als auch neue wissenschaftliche Erkenntnisse für die Anpassung an den Klimawandel zusammenzutragen.



Die österreichische Gemeinde Heiligenblut am Großglockner stellt den Schauplatz für das Forum Anthropozän dar. Besucherinnen und Besucher kommen hier zusammen, diskutieren, wandern und genießen die Kärntner Küche.

Anpassung an den Klimawandel: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren?

Unmengen von Wasser bedecken unsere Erdoberfläche. Aber nur ein Bruchteil davon steht als Trink- und Nutzwasser zur Verfügung. Wie lassen sich Konflikte um die Verteilung der Ressource vermeiden? Im Rahmen des 7. Forums Anthropozän diskutierten Expertinnen und Experten über Lösungen.

Die Ressource Wasser steht unter Druck. Infolge der Erderwärmung, aber auch durch Meeresverschmutzung und schlechtes Management, etwa ineffiziente Bewässerungssysteme, wird sie immer knapper. Im globalen Süden ist der Kampf um Süßwasserreserven tägliche Realität. »Die indische Stadt Chennai hat mehrere Jahre Dürre hinter sich. Die Wasserversorgung ist dort prekär«, berichtete Christoph Lüthi beim ZEIT-Gespräch »Wasser. Quelle des Lebens in der Klimakrise« im Rahmen des 7. Forums Anthropozän. Die dreitägige Klimaveranstaltung versammelt jedes Jahr im Juni klugen Köpfe aus Natur-

wissenschaft und Medizin, Philosophie und Wirtschaft, um Lösungen für eine lebenswerte Zukunft zu diskutieren. So beschäftigt sich Lüthi etwa mit der Verbesserung von Aufbereitungstechnologien und Wasserkreisläufen am Wasserforschungsinstitut der ETH Zürich. Aus eigenen Erfahrungen weiß er zudem, dass die Wasserkrise in Ländern wie Indien noch ganz andere Gründe haben kann: »30 bis 40 Prozent des frisch aufbereiteten Trinkwassers geht durch Lecks in Wasserleitungen verloren. Und leider auch durch Wasserdiebstahl.«

Wie lassen sich Konflikte um die zunehmend knappere Ressource vermeiden? Und wie hängen die Konflikte mit dem Handeln der Länder im globalen Norden zusammen? »Wir sitzen in Westeuropa auf einem sehr bequemen Wohlstandspolster. Und das haben wir anderen Ländern zu verdanken, die uns mit einer Reihe von Rohstoffen beliefern. Oft zu sehr günstigen Konditio-

nen«, sagte Danny Güthlein, Vorstand der Kärntner Elektrizitäts- und Aktiengesellschaft in Klagenfurt am Wörthersee (KELAG). Neben der moralischen Verantwortung führte die Klimaökonomin Nina Knittel die wirtschaftlichen Abhängigkeiten an: »Durch den Handel sind wir mit der ganzen Welt vernetzt. Was im Ausland passiert, kann uns nicht egal sein. Es ist wichtig, dass wir Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in betroffenen Regionen unterstützen, um qualifizierten Arbeitskräften eine Perspektive zu geben.«

Globale Perspektive, lokale Lösungen

Extremwetterereignisse nehmen überall auf der Welt zu – und damit auch die Kosten, die nicht nur die lokale Bevölkerung, sondern über die Lieferketten Menschen und Unternehmen in aller Welt betreffen. Risikomanagement und Anpassungsstrategien rücken daher in Wirtschaft und Politik zunehmend

in den Fokus. Dafür braucht es sowohl den Dialog vor Ort als auch auf internationaler Ebene, wie ihn die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) mit Sitz in Wien unterstützt. Österreichs südlichstes Bundesland Kärnten ist mit einem außerordentlichen Wasserreichtum gesegnet. Um es zukünftig dorthin zu bringen, wo es gebraucht würde, plane die Kärntner Landesregierung eine sogenannte Wasserschiene, berichtete Landesrätin Sara Schaar.

»Wir müssen jetzt handeln, und zwar gemeinsam«, forderte sie. Lokale Lösungen könnten vorbildgebend sein für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in anderen Regionen der Welt. Insbesondere in der Landwirtschaft, die für 70 Prozent des weltweiten Wasserverbrauchs verantwortlich sei, gäbe es großen Handlungsbedarf. Wer untätig bliebe, ginge das Risiko ein, Fluchtursachen zu verstärken. Christian Holzner, Leiter der Sektion Umwelt und Kreislaufwirtschaft beim Bundesministerium für Klimaschutz in Wien, fand dafür ein eindrückliches Beispiel: »Bei drei Grad Erderwärmung wird es kein Bangladesch mehr geben. Dort

leben knapp 170 Millionen Menschen.« Unverständlich blieb für ihn daher die Trägheit der Industrienationen. Ein altes Sprichwort brächte das Problem auf den Punkt: »Wer sich zuerst bewegt, hat verloren.«

Mit Investitionen in Klimaanpassungen zukunftsfähig bleiben

Der Export von Wissen kann Lebensgrundlagen sichern. Er kann aber auch dafür sorgen, dass Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben. Dass sie sich neue Märkte erschließen und Innovationen hervorbringen. »Aber die Frage ist: Wer beginnt als Erster? Wer schafft es, über eine Legislaturperiode hinaus zu denken?«, fragte Christian Holzner. »Vorgaben durch die Politik hätten einen echten Impact«, bestätigte Landesrätin Sara Schaar. Zudem sähe sie in der politischen Kommunikation einen großen Hebel für den viel beschworenen Bewusstseinswandel: »Statt zu vermitteln, Klimaschutz ist teuer, sollte klimafreundliches Verhalten belohnt werden. Dann könnten wir Bevölkerung und Wirtschaft auch leichter mitnehmen.«

»Wie lassen sich Verhaltensänderungen konkret erreichen?« Klimaökonomin Nina Knittel erinnerte an die Möglichkeit, von marktwirtschaftlichen Instrumenten wie Preis- und Steuererhöhungen für klimaschädliche Produkte Gebrauch zu machen. Diese müssten jedoch sozialverträglich sein, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zu gefährden. Bezogen auf die Europäische Gemeinschaft stellte sich Fritz Habeck, ZEIT-Redakteur und Moderator des Gesprächs, die Frage, wie verträglich Umweltauflagen für Unternehmen seien. Drohe ihnen, im internationalen Wettbewerb abgehängt zu werden? »Nachhaltigkeit und entsprechende Ratings sind ein Muss geworden. Gleichzeitig steht für grüne Investitionen aktuell viel Geld zur Verfügung«, entgegnete Christian Skilich, Vorstandsmitglied der Lenzing AG. Diesen Vorteil gelte es zu nutzen, um die Wirtschaft aktiv umzubauen.

Das 8. Forum Anthropozän findet vom 12. bis 14. Juni 2025 im Besucherzentrum Mallnitz im Nationalpark Hohe Tauern statt. www.forum-anthropozan.com

Fotos: ©Christoph Seinger